



SPD

Zeitschrift für Neuhofen

Herausgegeben vom SPD-Ortsverein

Juni 2012

Weg frei für eine gemeinsame Zukunft? Thema Kommunalreform

Über die dringlichsten Fragen zur Fusion der Gemeinden Neuhofen und Limburgerhof stehen Roland Brendel, ehemals Beigeordneter der Gemeinde Neuhofen und Vorsitzender der Gemeinderatsfraktion der SPD und Horst Heiler, Stadtverwaltungsdirektor i.R., von 1984 bis 2002 Beigeordneter in Neuhofen und bis 31.12.2000 Leiter des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Ludwigshafen, Rede und Antwort.

von Einrichtungen der bisherigen Gemeinden. Sofort gespart wird, weil die Gesamtzahl der Bürgermeister und Beigeordneten, haupt- wie ehrenamtlich, in der Einheitsgemeinde geringer ist. Auch die Fraktionsmittel und Sitzungsgelder für nur 32 (statt 82) Gemeinderäte tragen zum Einsparpotenzial bei (*siehe Kasten*).

Zwei Ortsgemeinderäte und ein Verbandsgemeinderat - das sind 82 ehrenamtliche Ratsmitglieder. Hinzu kämen von den Fraktionen benannte Ausschussmitglieder. Das wären eine Menge Sitzungen für jede/n Einzelne/n. Und dann sind da auch noch die Fraktionssitzungen, um Entscheidungen innerparteilich zu erarbeiten. Die Doppelverantwortung im Orts- und Verbandsgemeinderat wäre wohl die Regel sein. Macht das Sinn?
Roland Brendel: Nein - denn die Belastung des Einzelnen wird, wie schon gesagt - zunehmen. Zunächst die Entscheidungsfindung in der Fraktion des Ortsgemeinderates und dann dort bzw. in dessen Ausschüssen. Genauso liefe es auch auf

	Einheitsgemeinde	Verbandsgemeinde
Bürgermeister/in	1	3 davon 2 ehrenamtliche Ortsbürgermeister/innen (Kosten: mind. € 48.000/Jahr)
Beigeordnete	bis zu 3	bis zu 7 davon bis zu 4 ehrenamtliche Ortsgemeindebeigeordnete (Kosten: mind. € 24.000/Jahr)
Ratsmitglieder	32	82 davon 22 und 28 Rät/innen in den beiden Ortsgemeinden (Kosten: mind. € 10.000/Jahr)
Summe zusätzlicher Aufwendungen		mind. € 82.000 / Jahr

der Ebene der Verbandsgemeinde. Und es ist einfacher, wenn die neuen Rät/innen nicht doppelbelastet werden, weil sie in Orts- und Verbandsgemeinderat aktiv sein müssten. Denn - und das dürfte jedem klar sein - 82 Rats- und dazu etliche Ausschussmitglieder mehr, die sich für mindestens eine Wahlperiode von 5 Jahren „verpflichten“, sind schwer zu gewinnen. Schon vor den letzten Wahlen ist es den Parteien und Wählergemeinschaften zunehmend schwer gefallen, ihre Listen mit Kandidat/innen zu bestücken.

Warum stieß das Ergebnis der Befragung zur Form der neuen Gemeinde im Dezember 2011, bei der sich rund 80 Prozent der Befragten für eine Verbandsgemeinde aussprachen, beim Gemeinderat nicht auf frucht-



baren Boden? Wurde der Bürgerwille übergangen?
Roland Brendel: Nein, denn einen Bürgerwillen gab es damit noch nicht. Die Befragung war insoweit nicht unproblematisch, da mögliche Vorteile einer Verbandsgemeinde den möglichen Nachteilen einer Einheitsgemeinde gegenüber gestellt wurden. Eine wertungsfreie, neutrale Sachdarstellung hat gefehlt.
Horst Heiler: Zudem war die Befragung nicht repräsentativ, da nicht nach empirischen Methoden (u.a. Auswahl der Befragten nach dem Zufallsprinzip) durchgeführt. Die Sicherheit, bei der Befragung einen wirklichen Durchschnitt der Meinungen in Neuhofen einzuholen war nicht gegeben.

Erstmal Verbandsgemeinde - später dann Einheitsgemeinde. Eine Idee, die ein Kompromiss sein könnte. Wäre das ein sinnvoller Weg?
Horst Heiler: Gefühlt vielleicht. In der Praxis - obgleich rechtlich möglich - wohl kaum. Denn zunächst werden in der Verbandsgemeinde Strukturen geschaffen, die nur aufwendig wieder aufzulösen wären. Die notwendigen Entscheidungen und Verpflichtungen verschieben sich nur um einige Jahre in die Zukunft. Zwei halbe Schritte, obwohl ein ganzer Schritt sowieso getan werden soll? Das Ergebnis und der Aufwand hierfür wären kaum zu rechtfertigen.

Aber zumindest die Namen der Straßen, die es in beiden Gemeinden gibt (Speyerer Straße, Jahnstraße etc.) blieben erhalten?
Roland Brendel: Zunächst ja, aber nach dem Übergang zur Einheitsgemeinde wird es auch hier Anpassungen geben - man vertagt eine weitere Entscheidung, die dennoch getroffen werden muss.

Unser Bürgermeister spricht von einer Reduzierung der Dienstleistungen vor Ort bei einer Einheitsgemeinde. Was fällt weg, was bleibt - und welche Leistungen meint er überhaupt?
Horst Heiler: Die Aussage ist falsch diese Aussage auf die Einheitsgemeinde zu beschränken, denn tatsächliche Unterschiede der Dienstleistungen zwischen der Einheits- und der Verbandsgemeinde gibt es nicht. Bisherige Aufgaben werden uneingeschränkt weitergeführt - allerdings nicht zwangsläufig vor Ort. So können beispielsweise alle standesamtlichen Aufgaben (Geburtsanzeige, Anmeldung zur Eheschließung oder Sterbeanzeige)

nur am Verwaltungssitz (in Limburgerhof) angesiedelt sein. Hier unterscheiden sich Verbands- oder Einheitsgemeinde nicht.
Roland Brendel: Vor Ort können im Bürgerbüro u.a. beispielsweise das Pass- und Meldewesen angesiedelt werden. Denkbar sind auch Sprechzeiten der Fachabteilungen.

Es wird immer wieder davon gesprochen, dass mit der Fusion auch die Belastung der Bürger/innen steigt. Stimmt das?
Roland Brendel: Das kann man nicht pauschal beantworten. Bei den Abwassergebühren oder den Steuersätzen liegen die Gemeinden auseinander. Hier wird es Anpassungen geben, die sich aber unter Umständen neutralisieren. Zudem sind in der vom Ministerium und den beiden Gemeinden erarbeiteten Vereinbarung zur Fusion die Zeiten der Anpassung festgeschrieben - hier ist der Stichtag der 31.12.2019. Bis dahin gelten die ortspezifischen Gebühren und Steuern. *Anm: Wir haben die Vereinbarung zu Ihrer Information diesem Echo im Wortlaut beigefügt.*

Welcher Faktor war denn eigentlich der wichtigere bei der Entscheidung des Rates? Eine hohe Kosteneinsparung oder die langfristige Selbstständigkeit?
Roland Brendel: Das hielt sich die Waage - denn die Kosteneinsparungen sind zwar das langfristige Ziel - für die Identitäten der einzelnen Gemeinden spielt allerdings auch die „gefühlte“ Eigenständigkeit eine wichtige Rolle. Und die ist über kurz oder lang nur mit Partner(n) möglich, mit denen gemeinsam eine entsprechende Gemeindegröße erreicht wird, bei der die Verwaltungskosten zum notwendigen Verwaltungsaufwand im ausgeglichtesten Verhältnis stehen.

Die wohl wichtigste Frage aus dem Bauch heraus - wird in einer Einheitsgemeinde nicht zwangsläufig eine Gemeinde (hier: Neuhofen) „untergehen“?
Roland Brendel: Nein. Dies zeigt sich in vielen funktionierenden Ortschaften, die Einheitsgemeinden wurden: Römerberg, Bobenheim-Roxheim und Böhl-Iggelheim. Hier werden die ehemals selbständigen Gemeinden nach wie vor in ihrer eigenen Identität (z.B. Römerberg: Mechttersheim, Berghausen und Heiligenstein) immer noch wahrgenommen.

Was meinen Sie? Diskutieren Sie mit uns - z.B. an unserem Stand auf dem Rehbachfest. Wir freuen uns auf Sie.

Termine in Neuhofen

23./24.6. Rehbachfest
mit Weinen der Lebenshilfe Bad-Dürkheim und leckeren Flammkuchen aus dem Elsass - am Sonntag von 14 bis 16 Uhr Kressegeltöpfen für Kinder am Stand der SPD

3.7.-7.8. Café Auszeit
jeden Dienstag in den Sommerferien ab 18 Uhr auf dem Friedensplatz der protestantischen Kirche Neuhofen

11.8. Sommernachtsfest
der Naturfreunde rund um's „Heissl“ im Woog

18.8. Serenadenabend
30 Jahre gemischter Chor im Waldpark

18./19.8. Tag der offenen Tür bei der Feuerwehr
wir treffen uns am Sonntag um 11 Uhr zum Frühschoppen.

25.8. Pfälzer Abend der SPD
mit leckerer „Pälzer Platte“ und Live-Musik im Hof des Haus der Vereine.

8.9. Brunnen- und Partnerschaftsfest
mit SPD-Stammtisch um 18 Uhr

... und in Limburgerhof

16.-27.8. SommerAkademie
Zwei Wochen Bildhauern, Töpfern, Gestalten und Malen für alle Generationen in der Scheune des Alten Rathaus und im Schösschenpark

3.7.-10.8. FerienAkademie
ein umfangreiches Bildungs- und Erlebnisprogramm für Daheimgebliebene mit Internet für Grundschul Kinder, HipHop- und Graffiti-Workshop, Facebook für Eltern und Kinder, Bildbearbeitung und vielem mehr
(Info: www.mgh-limburgerhof.de)

19.8. Schlemmerfest und Gartenmarkt
von Partnerschaftsverein und Gartenbauverein und MGH auf dem Burgunderplatz und im Alten Rathaus mit Live-Musik, JuZ-Spielmobil, Jugendkunstschule

30.8.-2.9. Straßenfest
„Das Fest“ in Limburgerhof - veranstaltet vom Verein der Selbständigen auf der dafür gesperrten Speyerer Straße. Buntes Programm für Kinder und Jugendliche sowie Hobbykünstlermarkt im Mehrgenerationenhaus

In eigener Sache

Mit einem diesmal sechseitigen Format steigen wir wieder in unsere regelmäßigen Informationen aus Neuhofen ein. Neben der Arbeit von Fraktion und den Aktivitäten des Ortsvereins gibt es wie auch früher einen Themenschwerpunkt. In dieser Ausgabe ist es die Fusion mit Limburgerhof, in der Horst Heiler und Roland Brendel Fragen, die Sie bewegen, beantwortet haben und aufzeigen, warum man am Ende eben doch keine Angst vor der neuen Gemeinde haben muss.

Damit wir unsere - derzeit muss man leider erst mal von möglichen sprechen - neuen Verwandten schon ein wenig kennen lernen, haben wir Limburgerhofer Termine in unserer Terminleiste berücksichtigt. Schauen wir doch einfach mal vorbei.

Inhaltsverzeichnis

- Aus Fraktion und Gemeinderat 2
- Bürgermeister in Erklärungsnot 2
- Bürgerenergiekonzept 2
- Mitgliederehrung 3
- SPD-Frauen wollen weitermachen 3
- Vorstand komplett 3
- „Blick aus dem Fenster“ 4
- Maikundgebung 2012 4
- Thema: Kommunalreform 5
- Terminleiste 6

Liebe Neuhöfer/innen

In unabhängigen Sitzungen haben im April die Räte Limburgerhofs und Neuhofens die „Verlobung“ der Nachbargemeinden und die Bildung einer Einheitsgemeinde beschlossen. Damit ist der Weg zur „standesamtlichen Hochzeit“, festgeschrieben durch ein eigenes Landesgesetz, zum 30.6.2012 frei.

Wie der „Ehevertrag“ schlussendlich aussieht, in dem die Gemeinden ihre Identitäten, liebenswürdigen und erhaltenswerten Eigenheiten und besonderen Bedürfnisse festschreiben können, müssen nun die Gemeinderäte mit Unterstützung der Verwaltungen erarbeiten. Hier kommt es auch auf die beiden Bürgermeister als Verhandlungsführer an, mit Realitätssinn und Augenmaß zu einem Ergebnis „auf Augenhöhe“ zu gelangen - und damit den aus Elsterschem Munde geäußerten Wunsch nach einem „Juniorpartner Neuhofen“ ad Acta zu legen.

Bei der Kommunalwahl im Jahr 2014 werden wir, nach abgeschossenem „Ehevertrag“ gemeinsam einen neuen, für die Gesamtgemeinde zuständigen Gemeinderat aus Vertretern beider Gemeinden sowie eine Bürgermeisterin oder einen Bürgermeister wählen, die dann in einer fachkundigen Verwaltung Unterstützung finden und damit die Ehe zwischen Limburgerhof und Neuhofen „vollziehen“. Dann kann die neue verbandsfreie Gemeinde mit rund 18.500 Einwohner/innen etwas optimistischer in eine langfristig eigenständige und selbstbestimmte Zukunft sehen.

Soweit die Theorie.

In der Realität jedoch haben wir mittlerweile zwei Entwicklungen, die die beschlossene Fusion der beiden Nachbargemeinden auf - gelinde gesagt - sehr wackligen Füßen stehen lässt. Diese sind nebulöse Ankündigungen unseres Bürgermeisters zu einem wahrscheinlichen Bürgerbegehren zugunsten einer Verbandsgemeinde statt der vom Rat mit (s)einer Gegenstimme beschlossenen Einheitsgemeinde. Und es ist die sehr aufgeheizte Situation in Limburgerhof, in der ein Bürgerbegehren zugunsten der Selbständigkeit der Nachbargemeinde ebenfalls wahrscheinlich ist.

Schade - denn damit wird möglicherweise die Chance einer langfristigen Partnerschaft und damit verbundenen Selbständigkeit der neuen Gemeinde vertan. Zudem gingen, neben der Hochzeitsprämie - nicht unerhebliche Projektfördermittel verloren.

Es ist der Politik - und dies gilt für alle Akteure in allen Gemeinden - bei dieser weitreichenden Entscheidung nicht gelungen, die Bürger/innen von Anfang an mitzunehmen. Vieles, was jetzt Angst macht (*Umbenennung von Straßen, Name der Gemeinde, Verlust der Identität*) wurde während beinahe zwei Jahre dauernder Gespräche zwischen den Gemeinden gegenüber den Bürger/innen nicht ausreichend sachlich und transparent dargestellt. Hier überlies man leider allzuoft der Tagespresse und deren Interpretationen das Feld. Nun wird mit ebendiesem Ängsten und Bedenken gespielt - Beteiligung im Nachhinein forciert, weil es im Vorfeld nicht gereicht hat, die eigenen Vorstellungen zu verwirklichen.

Ungeachtet dessen, ob die „Hochzeit“ stattfinden kann oder nicht - wir haben hier eine weitere Blaupause, wie man es heute in der Politik eben nicht macht.

Herzliche Grüße,

Christel Christ

Rehbachfest 2012

mit Weinen der Lebenshilfe Bad-Dürkheim und leckeren Flammkuchen aus dem Elsass. Am Samstag Abend Live-Musik auf der gemeinsamen Bühne von CDU, SPD und TuS-Musikzug. Am Sonntag von 14 bis 16 Uhr töpfen für Kinder.

Anfrage der SPD-Fraktion zu wiederkehrenden Beiträgen
Bürgermeister in Erklärungsnot

Gegenstand: Feststellungs- und Beitragsbescheide vom 28.9.2009 - Erneuerung und Umbau von Verkehrsanlagen (Wiederkehrende Beiträge)

1. Es wurden als Investitionsaufwendungen von 2005 bis 2009 600.000 € angegeben. Waren dies die tatsächlichen Aufwendungen? Wenn nein, wo hoch waren die Aufwendungen und wann werden die tatsächlichen Aufwendungen abgerechnet? *Antwort: Die tatsächlichen Aufwendungen lagen bei rund 618.000 € wobei rund 20.000 € vor dem Erhebungszeitraum anfielen und damit nicht umlagfähig sind. Erhoben wurden 598.000 €*
 2. Liegen Widersprüche gegen Bescheide vor? Wenn ja, wie viele und wurden sie bearbeitet und erledigt? Wenn sie nicht bearbeitet und erledigt wurden welche Gründe liegen vor? *Antwort: Derzeit liegen 58 nicht bearbeitete Widersprüche, teilweise für mehrere Grundstücke, vor. Diese wurden bisher nicht bearbeitet, da die Mitarbeiter/innen durch die Bearbeitung anderer Projekte gebunden waren.*

3. Sind Forderungen aus diesen Bescheiden noch offen? In welcher Höhe? *Antwort: Die offenen Forderungen liegen bei rund 45.000 €.*
 4. Besteht die Gefahr dass Forderungen verjähren oder sind schon Forderungen verjährt? Wenn ja, warum wurde die Verjährung nicht verhindert? *Antwort: Eine Verjährung würde zum 1.1.2014 eintreten.*
 5. Nach unserer Kenntnis wurde an den Verwalter einer Eigentümer-Gemeinschaft ein Feststellungs- und Beitragsbescheid gesandt. Dieser Bescheid war jedoch nichtig und damit von Anfang an unwirksam, weil nach dem KAG die Eigentümer bzw. dinglich Nutzungsberechtigten Beitragsschuldner sind. Der Beitragsbescheid wurde jedoch nicht durch rechtmäßige Beitragsbescheide an die Eigentümer ersetzt.
 Ist dadurch der Gemeinde ein finanzieller Schaden entstanden, wenn ja, a) in welcher Höhe?
 b) Ist dieser Schaden der Versicherung

gemeldet? Hier vertritt die Verwaltung in ihrer Antwort die Auffassung, der Adressat für Abgaben, die das **Objekt** (z.B. Abfall/Abwasser) bzw. den **einzelnen Eigentümer** (Grundsteuern, Ausbaubeiträge) betreffen, sei identisch. Der Bescheid wurden an den Verwalter des Objektes für die Eigentümergemeinschaft geschickt und damit rechtmäßig zugestellt. Demnach wäre keine Verjährung eingetreten.

Roland Brendel

SPD vor Ort

Bei der Begehung am 28.4. wurden folgende Anregungen von Bürger/innen mitgegeben, mit denen wir uns gerne auseinandersetzen:
 Ein zuviel an Straßenbeleuchtung; Einsatz von Pestiziden im privaten und öffentlichen Umfeld; intensiver Streusalzeinsatz im Winter.

Neuanfang nach Hochzeit ?

Bürgerenergiekonzept als Perspektive für die Zukunft

Die Thematik:

Die Bürger haben die Möglichkeit sich an einem Gesamtkonzept aktiv zu beteiligen. Hier geht es nicht nur um die Installation von Photovoltaik auf dem Dach oder um Solarthermie.
 Hier haben die Bürger die Gelegenheit einer ganzheitlichen Versorgung mit Energie und einer finanziellen Beteiligung an einem Konzept mit dem erklärten Ziel: Die Gemeinde in Ihrer Energieversorgung unabhängig von derzeitigen und künftigen Preis- sowie Machtkämpfen der großen Energiekonzerne zu machen. Hier ist ein enormes Potential für die Gemeinde in der Zukunft vorhanden.

Die aktuelle Situation:

Im Zuge der Gebiets- und Kommunalreform stellen wir uns auf viele neue Veränderungen und Verbesserungen ein. Es werden Investitionen in die Zukunft getätigt und diese werden massiv von der Landesregierung gefördert. Aus genau diesen Gründen besteht nun die einmalige Gelegenheit für unsere Gemeinde

eine zukunftsorientierte Reform der Gesamtversorgung zu gestalten. Einen anfänglichen Schritt haben die Sozialdemokraten mit Ihrem Antrag im vergangenen Jahr gemacht. Leider fand dies keine Mehrheit im Rat. Hier sollte die Ingenieursfirma Trauth und Jakobs damit beauftragt werden, die Rentabilität und die Möglichkeiten eines solchen Bürgerenergiekonzeptes für unsere Gemeinde zu prüfen.
 Die Ingenieursfirma hätte diese Prüfung in enger Zusammenarbeit mit der technischen Hochschule in Mannheim unter der Leitung von Prof. Rädle durchgeführt. Sicherlich hätte man hier in Zusammenhang mit der anstehenden Kommunalreform auch eine sehr gute Verhandlungsbasis mit der Nachbarkommune Limburgerhof geschaffen.
 Die Entscheidungen der beiden Räten sind getroffen und die Verhandlungen gehen in die Endphase. Wie die „Hochzeit“ mit der Gemeinde Limburgerhof sich ausgestalten kann, wird in unserem Echo separat behandelt.

In jedem Fall besteht weiterhin die Chance gemeinsam mit der Gemeinde Limburgerhof nun diese vielversprechende Thematik wieder aufzunehmen und gezielt fortzuführen und die Bürger in diesen spannenden Prozess einzubinden, wir werden hierzu einen neuen Antrag im Rat stellen.
 Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für die beiden fusionierenden Gemeinden. Hier wird nicht ausreichend sein, einzelne Projekte zu betrachten, es ist vielmehr sehr wichtig alle Bereiche und Themengebiete zu beleuchten und systematisch abzuhandeln. Es reicht nicht, wenn einzelne Versuche gestartet werden wie z. B. eine Photovoltaikanlage auf dem Reithallendach. Hier werden nur die Chancen verbaut im Gesamtkonzept mehr für die Gemeinden und ihre Bürger zu erreichen. Diese einmalige Gelegenheit bietet sich sicher nicht ein zweites Mal, darum bitten wir in der Bevölkerung um rege Unterstützung.
 Andreas Seibert

Sieben 50er, jeweils über 20 40er und 25er - langjährige Mitglieder der SPD im Bürgerhaus geehrt
Mitgliederehrung des SPD-Ortsvereins im Neuen Hof



Ein „Pfundsweib“, wie Lothar Graening sie voller Respekt und Zuneigung nannte, war Gast bei der Mitgliederehrung der SPD im Bürgerhaus.
 Andrea Nahles, Generalsekretärin der SPD, erläuterte in einer sehr persönlichen Rede, warum ihr die Mitglieder der Partei wichtig - und danke den vielen Jubilar/innen für teilweise über 50jährige Mitgliedschaft. Sie hat eine Lanze gebrochen für das langfristige Eingeständnis zu einer gemeinsamen Idee - auch wenn immer wieder Höhen und Tiefen im Parteileben

durchschritten werden müssen. Neben Andrea Nahles wurde der Neuhöfer SPD-Vorsitzende Michael Müller von unserer Bundestagsabgeordneten Doris Barnett und Martin Wegner, seit November 2011 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Vorderpfalz, unterstützt.
 Eine gelungene Veranstaltung für die rund 110 Besucher/innen unter ihnen Vertreter/innen der Ortsvereine Limburgerhof, Mutterstadt und Schifferstadt. Auch, weil die „Roten Raben“ sozialdemokratisches Liedgut anstimmten, weil Moni



**außerordentliche Mitgliederversammlung
 SPD-Frauen wollen AsF-Arbeit weiterführen**

14 Frauen, Mitglieder des bisherigen Vorstands und viele Gründerinnen und Aktive der AsF in ihrer bisherigen Form, trafen sich am 9.5. auf Einladung des SPD-Vorstands, um gemeinsam mit der AsF-Regionalverbandsvorsitzenden Ursula König über die aktuelle Situation und die Zukunft der Frauenarbeitsgemeinschaft in Neuhofen zu diskutieren. Wieder mitgestalten und an die Aktivitäten vergangener Jahre anknüpfen - das war einhelliger Konsens der Anwesenden. Voraus ging eine erhellende Diskussion zu den „Formalitäten“, die für alle AGs in der SPD gelten. Ursula König machte deutlich, dass gerade die AGs für die SPD wichtig sind, da sie auch Nichtmitgliedern die Möglichkeit der Beteiligung bieten und das politisieren erstmal eine untergeordnete Rolle spielt. Aber auch, dass die Vorstände der AGs immer

auch Rede- und Antragsrecht in den Parteigremien haben und darüber prima die Bedürfnisse und Nöte der jeweiligen AG-Zielgruppen in Entscheidungsprozesse eingebunden werden können. Gemeinsam herausgearbeitet wurde, dass ein regelmäßiger Austausch und gegenseitige Informationen vieles an Mißverständnissen und Unklarheiten vermeidbar machen kann. Dass die AsF in Neuhofen eine Zukunft hat war für alle Anwesenden klar. Zunächst möchte man über Inhalte nachdenken und bei verschiedenen Aktionen der SPD wie dem Rehbachfest oder dem Weihnachtsmarkt mithelfen, bevor in einer im Spätjahr stattfindenden weiteren Mitgliederversammlung ein neuer Vorstand gewählt werden kann. Einhellige Meinung ist auf jeden Fall: Neuhofen ohne die AsF - das gibt es nicht!

**Simone Bräun und Karin Müller
 Vorstand komplett**

Bei der Mitgliederversammlung am 26.4.2012 wurden Simone Bräun, 35, Sozialarbeiterin, zur stellvertretenden Vorsitzenden des Ortsvereins und Karin Müller, 55, Geschäftsführerin, bisher stellv. Kassiererin, zur Kassiererin gewählt. Damit ist der Vorstand nach der schon im letzten Herbst angekündigten Abgabe der Kassenverantwortung durch Roland Brendel wieder komplett.
 Zu Delegierten zur Wahlkreis-Konferenz für die Bundestagswahl 2013 sowie die Unterbezirksdelegiertenkonferenz wurden Christina Bayer sowie Sabine und Uwe Wolf gewählt.
 Der Vorstand: Michael Müller (1. Vors.), Simone Bräun (stellv. Vors.), Karin Müller (Kasse), Andreas Seibert (Schriftf.), die Beisitzer Horst Heiler, Christian Hieb, Peter Jäger, Wolfgang Kraus, Robert Seibert, Uwe Wolf sowie die Revisoren Heike Sturm und Helmut Winkler.

Schule anno dazumal in der Museumsscheune
„Blick aus dem Fenster“

Darauf muss man erstmal kommen - Klasse! Nachdem Hans-Jürgen Jäger mit einigen Fenstern aus dem mittlerweile verkauften alten Schulhaus in der Ludwighafener Straße ankam, hatte Heinz Beyler die Idee, aus den Fenstern einen Blick auf die Geschichte Neuhofens zu werfen. Aus mittlerweile tausenden Bildern wählte die Mediengruppe des HKK vier Bilder aus, die die Erinnerung daran, wie's „frierer“ war, in außergewöhnlicher Form erweckte. Die „Einkaufsmeile“ in der Jahnstraße, auf die Heinz Beyler aus dem nach Westen gerichteten Fenster schaut, oder die Pferdetränke sind ebenso wie die ursprüngliche katholische Kirche nur noch den älteren Mitbürger/innen bekannt, zeigen jedoch eindrucksvoll, wie sich Neuhofen in den letzten Jahrzehnten von einer landwirtschaftlich geprägten Gemeinde zu einer lebenswerten Wohn-gemeinde entwickelt hat. Die Bilder sind aber auch Beleg dafür, wie sich ein Impuls

- hier das Projekt „Jugend in Neuhofen“, das der HKK 2007 initiierte - zu einem beständigen und wichtigen Teil ehrenamtlichen Engagements entwickeln kann. Die damaligen Projektmitarbeiter/innen sind heute als Mediengruppe des HKK mit ihrem umfangreichen gesammelten und aufbereiteten Bildmaterial eine tragende Säule Neuhöfer Erinnerungen.
Und sonst? - der alte Klassensaal der „Neiheffer Scheierschul“ (eine Waldseer Leihgabe), in dem Horst Heiler das „Pälzer Abidur“ abnahm, die Geschichten und Anekdoten rund um die Schule anno dazumal und die vielen Klassenfotos und Bilder ehemaliger Lehrer/innen weckten Erinnerung bei den Älteren und boten immer wieder Anlass zu Fragen der vielen jüngeren und jungen Besucher/innen an ihre Eltern und Großeltern. Dass dabei auch Vergleiche und Diskussionen zwischen „frierer un heit“ aufkamen war unvermeidlich - lebendige Geschichte eben.



**„Gute Arbeit für Europa, gerechte Löhne und soziale Sicherheit“
 Maikundgebung mit Forderung nach gesetzlichem Mindestlohn**

Tolles Wetter und die bekannt gut organisierte Bewirtung durch SPD und Naturfreunde, die die AsF in diesem Jahr bei Kaffee und Kuchen vertraten, lockte hunderte Besucher/innen in den Neuhöfer Waldpark.
 Voll besetzt waren die Garnituren, als um 14 Uhr die traditionelle Maikundgebung startete. „Menschen dürfen nicht Opfer einer Krise werden, die sie gar nicht verurs-

acht haben.“ - Zeit also für Roland Brendel, Ortsvereinsvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dass die arbeitende Bevölkerung sich in das politische Geschehen aktiv einmischt. Für Mairedner Martin Wegner, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Vorderpfalz, ist ein einheitlicher Mindestlohn von € 8,50 Voraussetzung, dass mittlerweile rund 1,4 Millionen Menschen, die trotz Beschäftigungsverhältnis-

sen auf Hartz IV angewiesen sind, wieder von ihrer eigenen Hände Arbeit leben können. Der anhaltende Applaus zeigte, dass dies in der Bevölkerung kaum anders gesehen wird.

